

# Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Hohndorf, Röditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Behrisdorf, Marienau, den Wallengrund, Auböschappel und Tirschbeim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 2.— Mk. für auswärtige Besteller mit 2,25 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 4,50 Mk. für Auswärtige 5.— Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Str. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 131

Donnerstag, den 8 Juni 1922

72. Jahrgang.

Auf Blatt 407 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Gustav Hahn in Röditz und als deren Inhaber der Händler Adolf Gustav Hahn in Röditz eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Fahrrädern, Tabak und Zigarren.

Amtsgericht Lichtenstein-Collnberg, den 6. Juni 1922.

## Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1922.

Anf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung verpflichtet:

alle Unternehmer, die, ohne daß der Betrieb des Gewerbes (Hauptgeschäfts, sächsischen Hauptbetriebsstätte oder Betriebsstätte mit den meisten gewerblichen Hilfspersonen) in einer sächsischen Stadt, einer sächsischen Landgemeinde mit mehr als 5000 Einwohnern oder einer anderen als Verwaltungsbehörde zugelassenen sächsischen Landgemeinde flächförmig und ohne daß sie in einer der bezeichneten Gemeinden wohnen,

1. im Finanzamtsbezirke Hohenstein-Ernstthal wohnen oder die Geschäftsleitung unterhalten,
2. außerhalb Sachsens wohnen und im Finanzamtsbezirke Hohenstein-Ernstthal das Hauptgeschäft unterhalten,
3. im Finanzamtsbezirke Hohenstein-Ernstthal die sächsische Hauptbetriebsstätte oder in Ermangelung eines solchen die sächsische Betriebsstätte mit den meisten gewerblichen Hilfspersonen unterhalten,

soweit im Kalenderjahre 1921 oder im letzten Geschäftsjahr (Wirtschaftsjahr) ein abgabepflichtiger Ertrag von mehr als 24 000 Mk. erzielt worden ist, oder das abgabepflichtige gewerbliche Anlage- und Betriebskapital am Schlusse des oben bezeichneten Kalender- oder Geschäftsjahres (Wirtschaftsjahres) mehr als 25 000 Mk. betragen hat.

Die hienach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit bis zum 30. Juni 1922 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist. Sind mehrere Unternehmer an demselben Gewerbe beteiligt, so genügt es, wenn einer der Gewerbesteuerklärer abgibt. Für mehrere selbständige Gewerbe desselben Unternehmers sind getrennte Steuerklärungen abzugeben.

Für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder elterlicher Gewalt stehen, sind die Gewerbesteuerklärungen von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt, für juristische Personen und selbständig steuerpflichtige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen von deren gesetzlichen Vertretern, Vorständen oder Geschäftsführern abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Gewerbesteuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Die schriftliche Vollmacht ist der Steuererklärung beizufügen, sofern sie nicht bereits zu den Akten des Finanzamts gegeben ist.

Die Einreichung der Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann durch Geldstrafen bis 500 Mk. zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Gewerbesteuergeetze zu entrichtende Gewerbesteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe

im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden (§ 36 des Gewerbesteuergeetzes). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Gewerbesteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 37 Abs. 1 des Gewerbesteuergeetzes in Verb. mit § 367 der Reichsabgabenordnung).

Hohenstein-Ernstthal, den 7. Juni 1922.  
Das Finanzamt.

## Öffentliche Impfungen in Hohndorf betr.

Die öffentlichen Impfungen in Hohndorf finden in der Schulturnhalle statt und zwar für die Erstimpfungen Montag, den 12. Juni 1922, und für die Wiederimpfungen

Dienstag, den 13. Juni 1922, nachmittags 4 Uhr.

Die Nachschau erfolgt für die Erstimpfungen Montag, den 19., und für die Wiederimpfungen Dienstag, den 20. Juni 1922, nachmittags 4 Uhr in der Schulturnhalle.

Die weiteren für die Impfung in Frage kommenden Bestimmungen sind im Aushängekasten des Rathauses und an den Plakatsäulen ersichtlich.

Hohndorf (Bez. Chemnitz), den 7. Juni 1922.  
Der Gemeindevorstand.  
Schnitzler.

## Kurze wichtige Nachrichten.

Aus Hindenburg wird gemeldet: Große Flüchtlingsströme durchziehen die Stadt. Alle verfügbaren Räume in den Betrieben sind für die heimatlosen Oberhändler zu Masseneinrichtungen eingerichtet worden.

Georg Michaelis, der frühere deutsche Reichsanwalt, der sich zur Zeit in Japan befindet, ist wie der „Miladella Public Letter“ erfährt, schwer erkrankt. Er hat deshalb seine geplante Reise nach Amerika aufgegeben. Sobald es sein Gesundheitszustand erlaubt, wird er nach Deutschland zurückkehren.

Die deutsche Konsularmission unter Leitung Kellers und unter Teilnahme angelegener deutscher Geschäftsleute ist in Petersburg eingetroffen. Es fand bereits eine Zusammenkunft von Vertretern der russischen und der deutschen Industrie und landwirtschaftlicher Organisationen statt.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei in Bayern erlitt einen klammernden Protest gegen den Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München. Die Nationalsozialisten fordern, daß der Besuch des Herrn Ebert in München unterbleibe und nennen ihn eine unannehme Provokation.

Die Vertreter der englischen und amerikanischen Morgengruppe treffen Ende der Woche in Wien ein um mit allen in Betracht kommenden Stellen zu konferieren und die Kreditverhandlungen fortzuführen. Die endgültige Entscheidung wird aber erst in London gemäß der Berichterstattung erfolgen.

Der „Ruh-Berg“ meldet aus Kiew, daß dort ein Pulvermagazin in die Luft geflogen ist. 20 in der Nähe spielende Kinder sind getötet worden.

## Krise in der Anleihefrage.

Frankreichs Widerstand.

London, 7. Juni.

Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, in den beiden gestrigen Sitzungen der Reparationskommission sei keinerlei Entscheidung erzielt worden. Es sei eine äußerst kritische Lage entstanden, und es könne nicht verheimlicht werden, daß die ernstesten Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden müßten. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß innerhalb der Reparationskommission eine Mehrheit dem Bankierausschuß die größtmögliche Freiheit gewähren will. Es werde betont, daß die Finanzbehörden berechtigt seien, ihr Urteil über die Leistungs-

fähigkeit Deutschlands abzugeben, und daß es ein Fehler sein würde, irgend etwas zu verheimlichen, was nach Ansicht der Bankiers die wirkliche Lage kennzeichnet. Die Bankiers könnten ein Geschäftsproblem nicht geschäftlich behandeln, wenn sie durch politische Erwägungen gefesselt seien. Der Kampf um die Befreiung des Bankierausschusses von allen hindernden Einflüssen sei so ernst geworden, daß von einer offenen Spaltung und der Veröffentlichung getrennter Berichte die Rede sei.

Dies würde jedoch nicht notwendig sein, wenn wirklich eine Mehrheit auf Seiten des Bankierausschusses liege. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die Abstimmung in der offiziellen Sitzung nicht der inoffiziellen Meinungsäußerung entsprechen werde.

Auf die französische Regierung werde der größte Druck ausgeübt, sich dem Standpunkt der anderen anzuschließen, denn man sei sich klar, daß diese Gelegenheit für eine Regelung und für die Ausgabe einer Anleihe nicht so bald wiederkehren werde, wenn man sie vorübergehen lasse, und daß ein Mißerfolg die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könne.

Der Berichterstatter der „Times“ gibt trotz des allgemeinen Pessimismus der französischen Presse, welche erklärt, die Arbeit des Bankierausschusses sei zu Ende, und es könne nichts mehr getan werden, einer optimistischen Auffassung Ausdruck. Er glaubt, Angaben über einen Kompromiß machen zu können, der wahrscheinlich, da zwar nicht die Herabsetzung der deutschen Reparationssumme, aber eine verminderte jährliche Zahlungsverpflichtung für einen Zeitraum von beispielsweise 20 Jahren vorgeschlagen würden. Die gestundeten Zahlungen, d. h. die Differenzen zwischen nach dem vorjährigen Abkommen geschuldeten Beträgen und dem Betrag, den Deutschland nach Ansicht der Bankiers zahlen kann, würden in 20 Jahren immer noch geschuldet werden, und zwar mit Zinseszins. Auf diese Weise würde die Hauptverpflichtung unangestastet bleiben.

Wenigstens tatsächlich flüssig gemacht werden könne, sei ungewiß. Da die Bankiers jedoch annehmen, daß Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen kann, ent-

weder an die Reparationskommission oder als Zins und Amortisationen, im Zusammenhang mit einer jetzt auszubehenden 20-jährigen Anleihe, so sei es klar, daß die Bankiers eine beträchtliche Emission für möglich halten, sofern ihrem Vorschlag stattgegeben wird. Alles hänge von der Haltung ab, die die französische Regierung und ihre Vertreter in der Reparationskommission heute einnehmen.

Wenn die Franzosen diesem mächtigen Druck eines Teiles, und zwar wahrnehmlich der Mehrheit der Reparationskommission und der Bankiers, nicht nachgeben, dann ist nach Ansicht des „Times“-Berichterstatters die schlimmste aller bisherigen Krisen unvermeidlich. In Unterredungen mit französischen Vertretern hat der Berichterstatter jedoch wenig Aussicht auf ein französisches Nachgeben festgestellt. Eine ablehnende französische Antwort würde das Ende der Beratungen des Bankierausschusses bedeuten.

## Drohungen Morgans gegen Frankreich.

Paris, 8. Juni. Das Anleihekomitee ist am Mittwoch Nachmittag zusammengetreten um von der Antwort der Reparationskommission Kenntnis zu nehmen. Es ist dann in eine Prüfung der Antwort eingetreten, die aber am Mittwoch noch nicht zu Ende geführt worden ist. Von einigen Mitgliedern des Komitees wurden Bedenken erhoben in der Richtung, daß die französische Regierung dem Beschluß der Reparationskommission ihre Unterschrift verweigern könne. Die Verhandlungen sollen am heutigen Donnerstag fortgesetzt werden und zum Abschluß gelangen. Am Mittwoch Abend fand ein sehr lebhafter Meinungsaustausch statt. Es verlautet, daß vor allem Morgan auf eine Aufhebung des französischen Widerstandes dränge. Er soll damit gedroht haben, daß, wenn von Seiten Frankreichs kein Entgegenkommen gezeigt werde, Amerika die Mittel in der Hand habe, von Frankreich die Rückerstattung der während des Krieges ausgenommenen Anleihen zu verlangen.

## Die Reparationskommission gegen Frankreichs Standpunkt.

Paris, 8. Juni. In einer weiteren diesmal offiziellen Sitzung hat die Reparationskommission am Mittwoch Vor-

vom Bankhaus	
3./6.	4./6.
77,50	77,50
75,50	75,50
145,-	149,90
91,-	88,80
118,-	131,-
67,75	68,-
69,25	71,-
69,-	78,-
95,-	91,-
98,25	96,90
98,-	93,75
103,-	105,-
97,75	96,-
72,-	77,-
1180,-	1290,-
365,-	400,-
510,-	524,-
1170,-	127,0-
1400,-	1525,-
443,-	465,-
550,-	532,-
314,50	318,-
1049,-	1100,-
394,75	399,50
652,-	680,-
2000,-	2000,-

  

Brot	
11,789,10	11,789,10
1,296,55	1,296,55
1,801,90	1,801,90
5578,80	5578,80
987,86	987,86
1,688,30	1,688,30
5,196,50	5,196,50
7529,40	7529,40
24,28,05	24,28,05
854,25	854,25
522,78	522,78
2,27	2,27



mittig über die an das Anleihekomitee zu erhaltende Antwort  
traten und den Text des Antwortschreibens prüfend, worin  
die Reparationskommission zu der Frage ausspricht, ob  
eine weitere Herabsetzung der deutschen Schulden in Aus-  
sicht gestellt werden dürfe. Es heißt, als ob das Anleihe-  
komitee kompetent sei, unter den für eine Anleihe notwen-  
digen Bedingungen die Reduktion der deutschen Schulden  
aufzuwerfen. Die Reparationskommission hat sich nun ent-  
gegen allen Erwartungen der französischen Presse mit 3 gegen  
1 Stimme dahin geäußert, daß das dem Anleihekomitee er-  
teilte Mandat erweitert werde. Die Vertreter Englands,  
Italiens und auch Belgiens ließen Frankreich allein. Eben-  
sowenig teilte der amerikanische Beobachter Bonden die fran-  
zösische Auffassung. Der französische Standpunkt geht jetzt  
dahin, daß Frankreich erst dann sich mit einer Herabsetzung  
der deutschen Schulden einverstanden erklären könne, wenn  
man ihm andererseits Kompensationen biete, d. h. wenn  
die Vereinigten Staaten die französischen Schulden eben-  
sowie herabsetzen, wie Frankreich seine Reparationsforderun-  
gen Deutschland gegenüber reduziere.

## Deutsches Reich

### Die sächsische Regierungskrise.

**E. J. Dresden.** Neuerdings scheint es, als ob die  
Kommunisten nun doch ernst machen und der Regierung bei  
der Staatsverabschiedung die Gefolgschaft versagen wollten.  
Gewisses weiß man ja bei den sächsischen Kommunisten nie-  
mals im voraus, aber diesmal ist bei der Haltung der  
Kommunisten mit von Bedeutung, daß die Kommunisten  
im thüringischen Landtag plötzlich dieselbe Haltung einnehmen,  
wie die sächsischen. Auffallenderweise steht die Opposition  
der thüringischen Kommunisten bei dem gleichen Punkte ein,  
wie die neuerliche der Sachsen, nämlich bei dem Polizeierlaß.  
Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung  
zum Polizeierlaß abhängig von einer Reihe von Forderungen,  
die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen  
Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten  
in Sachsen und in Thüringen auf die Einwirkung der Ber-  
lin-Moskauer Zentrale der kommunistischen Partei zurück und  
ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich. Besonders be-  
trüben sind die Unabhängigen, deren Presse sich  
in einem anscheinend partei-offiziösen Artikel mit der, durch  
die Haltung der Kommunisten geschaffenen geänderten Lage  
befaßt, in dem es unter anderem wörtlich heißt: „Die  
sogenannten vier Forderungen wären kein Hindernis, die  
proletarische Einheitsfront in Sachsen herzustellen.“ Sie  
werfen den Kommunisten vor, daß sie diese Forderungen nur  
als Agitationsmittel aufrechterhalten und gestehen dabei  
gleichzeitig zu, daß die Unabhängigen noch zu weiterem  
Entgegenkommen gern bereit gewesen wären. Das scheint  
aber nunmehr vergeblicher Liebesmüh' bleiben zu sollen.

### Die deutsche Antwort an die Botshafterkonferenz.

**Berlin.** Die deutsche Regierung wird auf die Entente-  
note über die Zerstörung und Umänderung von Eisenbahnlinien  
und Anlagen im besetzten Gebiet wahrscheinlich eine Mit-  
teilung an die Botshafterkonferenz und die alliierten Regie-  
rungen gelangen lassen. Darin wird die Reichsregierung vor-  
ausichtlich den Standpunkt vertreten, daß ihrer Auffassung  
nach die Alliierten in ihrer Note die seit Kriegsende ver-  
änderten Grenz- und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und  
des besetzten Gebietes nicht berücksichtigt hätten. Die deutsche  
Regierung wird wahrscheinlich auch den Nachweis führen, daß  
die beanstandeten Eisenbahnbauten fast ausschließlich aus wirt-  
schaftlichen Gründen errichtet und in Betrieb genommen wor-  
den. Man wird andererseits wohl auch auf die Milliarden-  
kosten aufmerksam machen, die eine Zerstörung von Eisenbahn-  
material in dem geforderten Umfange erfordern würde. Das  
Reichsministerium hat sich noch nicht bisher mit der Note be-  
faßt und hat infolgedessen ihre Stellung noch nicht  
endgültig festgelegt.

## Fremde Erde.

### Roman von Richard Nordmann.

**82. Nachdruck verboten.**  
Sie nahm ihren Weg gegen den Vallerstraziberg, wo die  
Schule lag. Als sie die Anhöhe hinaufschritt und an Friedrich  
Gerhardos Haus vorbeikam, schob ihr ein Gedanke durch den  
Kopf: Gerhardos zu besuchen, ihm zu sagen, daß ihr Vater  
eben die Briefe lese.  
Seit ihrer Trennung von Ingenio hatte sie den Kranken  
nicht mehr besucht, um eine Begegnung mit ihrem ehemaligen  
Bräutigam zu vermeiden, allein jetzt, wo sie seit heute morgen  
von ihrem Vater wußte, wie schlimm es um ihn stand, war sie  
bereit, diese Bedenken beiseite zu lassen, und rasch entflohen  
trat sie in das Haus Friedrich Gerhardos ein.  
Der Garten lag leer, die Sonne brütete heiß über ihn hin,  
ganze Bienenschwärme schwebten über den üppigen Blumen und  
erfüllten die Luft mit ihrem Gekirren. Aus den Kellerges-  
choßräumen des Hauses drang leichtes, gedämpftes Rufen, Flü-  
stern, schlängelnde Schritte, sonst war es still in dem ganzen  
Bauwerk — unheimlich still.  
War er schon tot?  
Ein bestemmendes Gefühl legte sich auf Elenas Brust, und  
mit langsamen, zögernden Schritten stieg sie die Treppe hinauf.  
Oben auf dem Korridor mit den großen Türen war alles still.  
Klopfte sie es wagen, die Salontüre zu öffnen, um angemeldet ein-  
zutreten?  
Blötzlich schlug ein Ton an ihr Ohr, der Laut einer mensch-  
lichen Stimme... einer Stimme, die sie kannte... die ihr  
Herz hoch klopfen ließ. Sie blieb wie angewurzelt stehen und  
lauschte.

### XXI.

Arztliches Vallerstrazi war gegen Mittag aus dem Parkore  
seiner Villa geschritten, nachdem er vorher längere Zeit mit  
verkränkten Armen in den Laubgängen auf- und abgegangen  
war. In tiefe Gedanken versunken, nahm er seinen Weg über  
die Felder, nach dem Geschäftshaus, wo der Verwalter Alfriedes  
knecht wartete. Als er das große Manipulationshaus droben am  
Berge fast erreicht hatte, blieb er atembeklemmt stehen, wachte  
sich den Schwelch von der Stirn und warf dabei einen Blick  
hinunter, auf die dicht nebeneinanderstehenden kleinen Arbeiter-  
häuser, die sich vom Fuße des Vallerstraziberges bis weiter  
hinunter dem Geschäftshause hinzogen.

### Die deutschen Sachverständigen für die Reparationsverhandlungen.

Die Reichsregierung hat zur Unterstützung der deutschen  
Vertreter bei den Anleiheverhandlungen sechs Sachverständige  
bestimmt, deren Rat je nach Bedarf eingeholt werden  
soll. Die Sachverständigen sind: Reichsbankpräsident Haven-  
stein, die Bankiers Melchior, Wamboldt und Ubrigg, sowie  
Louis Hagen und Geheimrat Deutsch. Dr. Melchior befindet  
sich, wie bereits mitgeteilt in Paris. Staatssekretär Berg-  
mann wird voraussichtlich Ende dieser Woche zur Bericht-  
erstattung in Berlin eintreffen.

### Stapelauflage eines Flugdampfers.

Auf der Werft der A. G. Weser fand gestern Nach-  
mittag in Gegenwart Tausender von Zuschauern der Stapel-  
auflage des vom Norddeutschen Lloyd erbautes 9 000 Tonnen  
Dampfers Weser statt, dessen Tausch der frühere Flug-  
direktor Leist vollzog. Der für etwa hundert Passagiere und  
Beförderung größerer Frachtmengen eingerichtete Dampfer  
wird am 9. November in den Ostafrikanien eingestellt und  
damit der Passagierdienst des Lloyds nach den Häfen des  
fernen Ostens wieder eröffnet.

### Die Eisenbahnnot.

Während wir uns alle irdische Mühe geben, bis an  
die äußerste Grenze unserer Kraft eine Politik der Erfül-  
lung und Verständigung zu treiben und selbst aller-  
schwersten Bedenken gegenüber immer wieder nach Auswegen  
suchen, unseren „Verpflichtungen“ nachzukommen, steht man  
sich augenblicklich im ehemals gegnerischen Lager — ins-  
besondere natürlich in Frankreich — wenig oder gar nicht  
an diesen unseren Kampf des guten Gewissens. Unsere sehr  
weitgehende Zugeständnisse enthaltende Note in Sachen der  
Reparationsforderungen kreuzte sich mit einer Note der Bot-  
shafterkonferenz, die wiederum Eingriffe allerhöchster Art  
in die Souveränität des deutschen Volkes enthielt. Der  
zur Begründung dieser Forderungen angezogene Artikel 43  
des Versailler Vertrages kann keineswegs als stichhaltig be-  
zeichnet werden. Die sog. „Entmilitarisierung“ gewisser Stre-  
cken im rheinischen Eisenbahnnetz stellen nun wiederum einen  
schweren Eingriff in lebenswichtige Teile des deutschen Wirt-  
schaftskörpers dar. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß  
weder tatsächlich noch hypothetisch im Bestehen oder Aus-  
bau verbleibender namhafter Linienkreise ober in einer 50  
Kilometer östlich dieses Stromes verlaufenden Linie  
angelegter Eisenbahnen eine „Bedrohung Frankreichs“ zu  
sehen ist. Eine Abänderung bzw. Einschränkung dieser für  
den friedlichen Verkehr notwendigen Linien wäre — ganz  
abgesehen von den erheblichen Kosten des Ab- oder Um-  
baues — eine einschneidende Maßnahme zur weiteren Er-  
drosselung unserer schwerringenden Wirtschaft, der gerade  
in den westlichen Gebieten durch die Folgen der Besetzung und  
der ständigen Drohung neuer Maßnahmen jegliche stärkere  
Belastung im Interesse unserer Gesamtwirtschaft erspart wer-  
den sollte. Wir wollen daher hoffen, daß diese neu-  
berechtigte Forderung beweiskräftig und erfolgreich zurück-  
gewiesen wird. Ähnlich wie bei dem Attentat auf die  
„Deutschen Werte“ steht auch diesmal wieder das Interesse  
eines nicht unbeträchtlichen Teiles der deutschen Arbeiter-  
schaft auf dem Spiele. Wie der „Vorwärts“ daher mit  
Recht betont, darf man annehmen, daß auch diese Kreise  
mit aller Energie eine derartige Vergewaltigung ihrer Existenz-  
möglichkeit durch unsere ehemaligen Feinde ablehnen und  
damit Frankreich zeigen, daß durch derartige unerhörte For-  
derungen weder der Erfüllung noch der zu ihm gehörige  
Arbeitswille des deutschen Volkes gefährdet wird.

### Frankreichs Gegenforderungen.

Der Petiti Parisien schreibt, wahrscheinlich in amtlichem  
Austage, die französische Regierung vertrete den Standpunkt,  
daß sie in keine Herabsetzung ihrer Forderung einwilligen  
könne, wenn Frankreich nicht als Gegengewicht gewisse sichere  
Vorteile geboten würden. Als solche Vorteile nennt man  
den Paß mit England und Sicherungen am Rhein. — Ge-  
fährlicher als das Scheitern der Verhandlungen wäre für  
Deutschland das Nachgeben der Engländer gegenüber diesen  
Sicherungsplänen.

### Wo steht das Zeitungsdruckpapier.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat an die Re-  
gierung folgende Anfrage gerichtet: „Im Wochenblatt für  
Papierfabrikation vom 4. März 1922 werden folgende Ziffern  
über Zeitungsdruckpapier veröffentlicht: Die Produktion in  
Deutschland betrug im Jahre 1921: 530 000 Tonnen. Der  
Inlandsverbrauch betrug in derselben Zeit: 300 000 Tonnen.  
Hiernach hätte ein Produktionsüberschuß von 230 000 Tonnen  
für den Export zur Verfügung gestanden. Inzwischen ist  
die Produktion von Zeitungsdruckpapier im laufenden neuen  
Jahr erheblich gestiegen und der Inlandsverbrauch gleich-  
zeitig infolge der Papiertuerung und der dadurch hervor-  
gerufenen Zeitungsnot erheblich zurückgegangen. Unparteiische  
Sachverständige versichern dazu noch, daß sich auch der Export  
in den letzten Monaten sehr stark vermindert habe. Amt-  
liche Ziffern über die Ausfuhr sind nicht veröffentlicht. Es  
besteht danach der Verdacht, daß in Wirklichkeit ein ganz  
wesentlicher Ueberschuß an Zeitungsdruckpapier vorhanden ist,  
obwohl am Papiermarkt zur Zeit selbst bei mäßigsten  
Preisen kaum noch Zeitungsdruckpapier zu haben ist. Ist  
die Reichsregierung bereit, die Ziffer für die Ausfuhr von  
Zeitungsdruckpapier im Jahre 1921 und die Zahlen über  
Produktion und Inlandsbedarf in den ersten vier Monaten  
dieses Jahres bekanntzugeben sowie außerdem Aufklärung  
darüber zu schaffen, wo der anscheinend beträchtliche Ueber-  
schuß an Zeitungsdruckpapier verbleibt, der den Inlandsbe-  
darf weit übersteigt?“

### Die Gründe des Verbleibens der Amerikaner am Rhein.

Als Grund der plötzlichen Befehlsänderung, wonach  
1200 Amerikaner im besetzten Gebiet verbleiben sollen, wäh-  
rend 60 Offiziere und 400 Mann im Laufe des Juni zurück-  
kehren werden, wird angegeben, daß sowohl die alliierten  
Regierungen wie die deutsche Regierung dringende Vor-  
stellungen in Washington erhoben haben, um ein ferneres  
Verbleiben der Amerikaner durchzusetzen. Die Reorganisation  
der amerikanischen Rheintruppen wird vom Hauptquartier  
vorbereitet. Es besteht kein Zweifel, daß sowohl das Haupt-  
quartier wie die beiden Bataillone des Infanterieregiments  
3 in Koblenz bleiben werden. Außerdem werden die ameri-  
kanischen Wohlfahrtseinrichtungen P. M. C. A. und die  
Heilsarmee ihre Tätigkeit in beschränkter Weise fortsetzen.  
Die „Amaroc News“ werden weiter erscheinen.

### Eine neue Schandtat im besetzten Gebiet.

Die Reichstagsabgeordneten D. Dr. Rahl und Dr. Run-  
kel haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Am  
21. Mai nachmittags kurz nach 2 Uhr, wurde auf dem  
Rochusberg bei Bingen in dem nach der Rochusstraße hin-  
führenden Promenadenweg eine Dame aus Bingen, die  
nachtsahnend in einem Busche lesend auf einer der ersten  
Bänke saß, von einem Marokkaner überfallen, schwer miß-  
handelt und, nachdem sie dadurch widerstandsunfähig ge-  
worden war, vergewaltigt. Wir fragen an: 1. Was hat  
die Reichsregierung getan, um diese rohe Gewalttat einer  
Sühne zuzuführen? 2. Was gedenkt die Reichsregierung  
zu tun, um die Sicherheit wenigstens in der unmittelbaren  
Umgebung von Wohnstätten, auch im besetzten Gebiet, für  
die deutsche Bevölkerung zu gewährleisten?

## Ausland.

### Rücktritt des japanischen Kabinetts.

**London.** Wie Reuter aus Tokio meldet, hat der Mini-  
sterpräsident im Hinblick auf den Widerstand des Unter-  
richtsministers und des Eisenbahnministers gegen seine Pläne  
für eine Neubildung des Kabinetts den Rücktritt des Kabi-  
netts angeboten. Der Rücktritt des Kabinetts ist möglicher-  
weise auch auf den bisher ohne Präzedenzfall dasstehenden  
Schritt des Parlaments zurückzuführen, das einstimmig einen  
Beschluss angenommen hat, der die militärischen Behörden  
zu energischer Einschränkung der Ausgaben anhält.

Vorwürfe wegen der unterdrückten Arbeiter und der traurigen  
Verhältnisse auf San Marino hatten ihn damals nur für einen  
Augenblick lang abgelenkt und zornig gemacht, dann hatte er  
alles als Ueberredung und Entstellungen, als eine Art von  
obhutloser Fälschung angesehen, die Elena an ihm nehmen wollte  
und jedes weitere Denken daran aufgegeben!  
Jetzt erwachten ihre Worte von damals. Sie erwachten  
zu unheimlichem Leben und vernichteten ihn, jetzt standsteht ein  
Etwas an, zu unterzuden, wie das junge Mädchen zu diesen  
Anlagen gelangt sei, zu unterzuden, inwieweit sein Kompa-  
gnon Schuld daran trage, wenn es sich wirklich so verhielt und  
die Arbeiter unter Not und Bedrückung ähsten. Er selber wachte  
sich schuldlos. Er hatte nie etwas getan, das den Haß eines  
Untergebenen hätte erwecken können — er hatte sich wieder  
um ihr Wohl noch um ihr Wohl gekümmert, sondern alles  
seinem Kompanon überlassen, und dieser hatte in fränkischer  
Sadisterei und Gewissenlosigkeit die Armen ausgebeutet, ausgepreßt  
bis zur Erschöpfung und heimlicher Empörung.

Vallerstrazis Augen schweiften hinüber zu dem schlichten wei-  
ßen Hause am Berge, dessen einziger Luxus das kunstvolle  
Schmiedeeisengitter um den großen Garten mit den seltenen Blü-  
men und Büschen war. Wasu, für wen hatte der, der dort  
lebt mit dem Tode rang, das alles getan, für wen hatte er sich  
gemüht, gearbeitet, geschwebert, Leute ausgesogen? Wofür? Um  
nun, von allen geliebt und geliebt, einsam seine Seele aus-  
zubauen!

Und wenn er, Vallerstrazi, einst seinen letzten Seufzer tun  
würde, wer würde liebend an seinem Lager stehen und ihm die  
Augen zubräuen? Wofür? Das kleine süße Ding, das von einem  
Schiffsleutnant trümmte?

Abendmal erschien Elenas ernstes Antlitz vor seinen Augen  
und erst jetzt fiel es ihm ein, daß sie zu Hause sitzen und in  
Sorgen und Bangen darauf warten würde, zu hören, welchen  
Eindruck er von den Briefen empfangen habe. Warum war  
er nicht zu ihr gegangen? Rein! Wofür? Starrer Trotz leuchtete  
sich wieder auf seine Nase. Wenn auch die Briefe, die sie ihm  
schrieb, deutlich davon sprachen, daß zwischen Magdalena Vallerstrazi  
und Friedrich Gerhardos das reinste Freundschaftsverhältnis be-  
standen habe, daß sie ein Wort von Liebe zwischen ihnen ge-  
fallen war, wer dachte über den Beweis, daß sie nicht einen an-  
deren geliebt und ihn um dieses anderen willen verlassen hatte?

(Fortsetzung folgt!)

## Der

Der mi-  
nistrant  
muthalder  
die Student  
nahm heute  
des alten  
Landgerichts  
Staatsanwa  
wird von 9

Nachdem  
die umfassen  
Zeugen beifi  
abgeordnet  
Kapitänleutn

Bei der  
stehende dar  
geschmack ha  
Verstandes  
nichts zu tun  
über die Per  
und Lebens

In der  
unterdröhen  
heimorganisi  
linger, Schul  
werden sech  
litten von 1

Die Be-  
Verhandlung  
Anlage vor  
Erzbergers d  
gewesen ist,  
in der Zeit  
Lage nach  
gehörige Kol  
bewahrt. In  
ziehen, hat e  
gebracht. Da  
zwischen Sch

Der un-  
ganzen Lebe  
Den T  
dieser mit d  
worden war  
wurde. Im  
weil er sich  
abfinden sol  
bei der Beg  
Tillessen 26

Nachdem  
unter der F  
stehenden Ze  
waren, bega  
studieren, na  
famnenamer  
ihren Sich in  
gung gegen  
den durchge  
gehenden Be  
Erzberger ist  
hält die geg  
der Unterze  
weil nichts  
zu unterzei  
geworfen sei  
gegen wirkt  
vor, für die  
getreten zu  
daß von ein  
sprechen wor  
feiten von d  
stellt haben.

Industrie un  
handeln sein  
sich zum Ra  
Hierauf  
die Geschch  
berger. Er k  
und Tillessen  
einen Erholu  
während der  
habe, erklärt  
einen besond  
habe. Am C  
richt von der

Auf An  
dner Blätter  
und Mittelu  
Mörder entb  
und Tillessen  
die Staatsan  
Kellern, als  
des tatsächl  
Darauf  
Ruz ne

Aus der N  
Zweck der G  
Verfassung u  
Darauf  
Für heute w  
tagsabgeordn  
Erzberger hat  
weitere Zeug  
Die nach d  
Darstellung d  
mit Erzberge

Auf eine  
daß er die  
hand. Die



# Der Prozeß gegen v. Killinger,

Offenburg, 7. Juni.

Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. v. Killinger, der beschuldigt wird, die mutmaßlichen Mörder des Reichstagsabgeordneten Erzberger, die Studenten Schulz und Tilleßen, unterstützt zu haben, nahm heute unter großem Andrang im Schwurgerichtssaal des alten Ritterhauses seinen Anfang. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Großhelfinger. Die Anklage wurde durch den Staatsanwalt Burger vertreten. Der Angeklagte v. Killinger wird von Rechtsanwalt Dr. Krieg-Offenburg verteidigt.

Nachdem die Geschworenensitzung gebildet war, gelangte die umfassende Anklageschrift zur Verlesung. Unter den 87 Zeugen befinden sich die Frau Erzbergers, der Reichstagsabgeordnete Diez und der Bruder des slächtigen Tilleßen, Kapitänleutnant Karl Tilleßen.

Bei der Verteidigung der Geschworenensitzung wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Prozeß einen politischen Beigeschmack habe. Es handle sich aber nicht um eine reine Verstandesangelegenheit, die mit politischen Anschauungen nichts zu tun habe. Der Vorsitzende verbreitete sich sodann über die Persönlichkeit von Schulz und Tilleßen, deren Taten und Lebenslauf verlesen wurden.

In der Verhandlung, die gegen 11 Uhr auf kurze Zeit unterbrochen wurde, wurde im wesentlichen über die Geheimorganisation G gesprochen, deren Mitglieder v. Killinger, Schulz und Tilleßen waren. Während des Prozesses werden sechs Augenscheine stattfinden, zu denen die Beteiligten von Offenburg im Auto befördert werden.

Die Vernehmung des Angeklagten v. Killinger nahm noch einen erheblichen Teil der Vormittagsitzung des ersten Verhandlungstages in Anspruch. Es wird ihm durch die Anklage vorgeworfen, daß er in Kenntnis der Ermordung Erzbergers durch Schulz und Tilleßen den beiden beihilflich gewesen ist, um sie der Strafverfolgung zu entziehen. Erstens in der Zeit vom 29. bis 31. August 1921 hat er wenigstens zwei Tage nach der Ermordung Erzbergers zwei dem Schulz gehörige Koffer bei sich in seiner Wohnung in München aufbewahrt. Zweitens, um den Schulz der Verhaftung zu entziehen, hat er diesen im Kraftwagen in München zur Bahn gebracht. Drittens hat er sich bereit erklärt, den Briefwechsel zwischen Schulz und Tilleßen über seine Adresse zu leiten.

Der Angeklagte lehnte den Geschworenensitzung darauf seinen ganzen Lebenslauf auseinander.

Den Tilleßen lernte er erst später: Zeit kennen, weil dieser mit der deutschen Flotte nach Scapa Flow entwandt worden war und dann einige Zeit in England festgehalten wurde. Im Dezember 1920 nahm Tilleßen seinen Abschied, weil er sich mit den neuen politischen Verhältnissen nicht abfinden konnte. Er begab sich nach München. Schulz war bei der Begehung des Mordes an Erzberger 28 Jahre alt, Tilleßen 26 Jahre.

Nachdem die beiden seit Anfang Januar 1921 in der unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Dr. Heim stehenden Zentralgenossenschaft in Regensburg tätig gewesen waren, begaben sie sich Anfang Juni in der Absicht, zu studieren, nach München, wo sie wieder mit v. Killinger zusammenkamen. Dort traten sie in die Organisation G, die ihren Sitz in München hatte, ein. Obwohl die Strafverfolgung gegen die Angehörigen dieser Organisation in München durchgeführt werden mußte, kam es hier zu einer eingehenden Besprechung der Organisationsverhältnisse. Ueber Erzberger ist in diesen Kreisen gesprochen worden. Killinger hält die gegen den Ermordeten erhobenen Vorwürfe wegen der Unterzeichnung des Waffenstillstandes für unbedeutend, weil nichts anderes übrig geblieben sei, als den Vertrag zu unterzeichnen, nachdem der Infanterist sein Gewehr abgegeben und der Kanonier seine Kanone verlassen hatte. Dagegen weist auch Killinger gleich seinen Kameraden Erzberger vor, für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages eingetreten zu sein. Ihm sei nichts davon bekannt geworden, daß von einer gewaltsamen Beseitigung Erzbergers gesprochen worden ist. Er wisse auch nicht, welche Persönlichkeiten von der Organisation die Mittel zur Verfügung gestellt haben. Es sei ihm nur bekannt, daß die Kreise aus Industrie und Landwirtschaft es waren, die an dem Vorhandensein einer Organisation ein Interesse hatten, welche sich zum Kampf gegen wilde Streiks zur Verfügung stellte.

Hierauf gab Killinger einen ausführlichen Bericht über die Geschicke während und nach der Mordtat an Erzberger. Er begründete insbesondere die Abreise von Schulz und Tilleßen Anfang August damit, daß er den beiden einen Erholungsurlaub erteilt habe. Daß er von ihnen während der Dauer des Urlaubes kein Lebenszeichen erhalten habe, erklärte er damit, daß er mit Schulz und Tilleßen einen besonders freundschaftlichen Verkehr nicht gepflogen habe. Am Sonntag, den 28. August, fand er eine Nachricht von den beiden der Tat Beschuldigten vor.

Auf Antrag des Staatsanwalts wurden dann Münchner Blätter vorgelesen, die am 1. September erschienen sind und Mitteilungen darüber enthalten, daß man Spuren der Mörder entdeckt habe. Ferner wurde der Brief von Schulz und Tilleßen verlesen, den sie am 3. Oktober 1921 an die Staatsanwaltschaft richteten und in dem sie es so darstellten, als ob sie lediglich verpflichtet waren, die Spuren des tatsächlichen Mörders zu verdecken.

Darauf trat eine Pause ein.

Kurz nach 3 Uhr wurde die Verhandlung fortgesetzt. Aus der Vormittagsitzung ist noch festzustellen, daß der Zweck der Geheimorganisation die Bekämpfung der Weimarer Verfassung war.

Darauf wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. Für heute waren neun Zeugen geladen, unter ihnen Reichstagsabgeordneter Diez-Konstantz und Frau Erzberger. Frau Erzberger hat sich mit Anantheit entschuldigt, außerdem zwei weitere Zeugen. Als erster Zeuge wird der Abgeordnete Diez nach seiner Verteidigung vernommen. Er gibt eine Darstellung der Vorgänge, angefangen vom Zusammenreffen mit Erzberger bis zum Augenblick der Mordtat.

Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärte der Zeuge, daß er die Täter noch gesehen habe, als er bei der Leiche stand. Die Täter hätten auf ihn herabgesehen und seine

Angst erhöht. Der Vorsitzende unterrichtete dann an der Hand von Kartenstücken die Geschworenensitzung über die Situation und die Mordstelle.

Als nächster Zeuge erscheint Landwirt Otto Lanther-Griesbach, der ausagte, daß er mit dem Dienstknecht Huber im Walde Holz holte und dabei Schüsse hörte. Sie waren der Annahme, daß gewildert wurde. Als wir nach zwei Minuten auf die Straße kamen, sahen wir Blut und am Abhang einen Menschen liegen. Bei näherem Zusehen bemerkten wir, daß er tot war und glaubten, daß es sich um Selbstmord oder Raubmord handele. Wir sind dann fortgegangen, um Hilfe zu holen. Unterwegs trafen wir zwei Arbeiter, die bereits von dem Mord wußten.

Der nächste Zeuge Michael Huber aus Petersdorf machte Aussagen, die sich im wesentlichen mit den Angaben des Zeugen Lanther decken.

Rechtsanwalt Dr. Biermann berichtet über den Augen-

Zeugensatz Dr. Sartori-Oberkirch berichtet ausführlich über den Befund der Sektion. Erzberger sei auffallend gut genährt gewesen. Allerdings sei er krank gewesen, so daß er bereits Todeskrankheit in dem Augenblick war, als er ermordet wurde. Er weist nach, daß Erzbergers Schädel durch zwei Schüsse vollkommen zerkümmert wurde. Außerdem trafen ihn zwei Schüsse in den Unterleib, einer durch die Lunge und zwei Schüsse durch den Oberkörper. Insgesamt sind 8 Schüsse abgegeben worden. So kommt der Sachverständige zu dem Urteil, daß Erzberger eines unnatürlichen Todes gestorben ist.

Nach einer kurzen unerheblichen Vernehmung eines Polizeibeamten wird die Untersuchung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

## Das Volksbegehren auf Landtagsauflösung

ist eingeleitet

### Die amtlichen Listen liegen aus

in Rathhäusern und Gemeindevorstern.

## Tragen Sie bitte Ihren Namen ein!

## Aus Nah und Fern.

Wittmann-Cöllnberg, 8. Juni 1922.

Die bisherigen Verhandlungen für den Bergbau im Reichsarbeitsministerium haben noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Die Verhandlungen werden in Kürze in Berlin fortgesetzt. Da die Löhne im Bergbau z. T. geringfügig sind, wandern viele Bergarbeiter ab, um in diesem Untergrund zu finden, selbstverständlich auf Kosten der Kohlenförderung, die naturgemäß bei verringertem Arbeitskräfte zurückgehen muß, sehr zum Leidwesen der Allgemeinheit.

Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln. Der Reichsernährungsminister hat, wie wir kürzlich schon berichteten, eine neue Verordnung erlassen, die eine Verschärfung der Vorschriften über den Ankauf von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr vorsieht. Nach dieser neuen Verordnung bedürfen sämtliche Personen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab einer besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handelsereulauis zuständigen Stellen erteilt und gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen, auch die Angestellten und Beauftragten der Inhaber der Kartoffelhandelsereulauis, dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder zur Packung des Kartoffelbedarfs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Ankaufserlaubnis ankaufen. Diese Erlaubnis bezieht sich auf den Bezirk der sie erteilenden Behörde. Die Handelsereulauis mit Kartoffeln sowie die Ankaufserlaubnis können, wie bisher, wegen mangelnder Sachkunde des Antragstellers in Bezug auf den Kartoffelhandel, wegen ungenügender Zuverlässigkeit sowie wegen Fehlens eines vollwirtschaftlichen Bedürfnisses verweigert werden; hierdurch soll den Behörden die Möglichkeit gegeben werden, in härteren Fällen als bisher die Zulassung zu handhaben. Um eine sachgemäße Handhabung der Erlaubnis zu erzielen, müssen vor der Entscheidung über die Erteilung dieses Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie der Ankaufserlaubnis Sachverständige gehört werden. Der Erlaubnisnehmer muß in Zukunft zwecks besserer Überwachung mit dem Lichtbild versehen sein und auf Verlangen des Erzeugers vorgezeigt werden. Der Landwirt, der an Verkäufer Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Ankaufserlaubnis ausweisen, macht sich strafbar. Der Ankauf innerhalb des eigenen Kommunalgebietes ist konjunktionslos. Die neuen Bestimmungen treten am 1. August in Kraft.

Der Steuerabzug bei weiblichen Hausangestellten. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: In der letzten Zeit ist der Verlohn der weiblichen Hausangestellten nicht unwesentlich erhöht worden. Infolgedessen wird jeder Haushaltsvorstand von neuem zu prüfen haben, ob er nicht wieder Steuerabzüge vorzunehmen und Steuermarken zu stellen hat. Der Steuerabzug beträgt 10 v. H. des Arbeitslohnes abzüglich der auf dem Steuerbuch eingetragenen Steuerermäßigung. Der Arbeitslohn setzt sich aus dem Verlohn und den Sachbezügen, freier Wohnung, Verpflegung, zusammen. Den Wert dieser Sachbezüge hat das Landesfinanzamt Leipzig z. B. bei Dienstmädchen auf monatlich 330 Mark festgesetzt. Erhält demnach ein Dienstmädchen jetzt einen Verlohn z. B. von monatlich 350 Mark, so beträgt ihr gesamtter Arbeitslohn 330 und 350 Mark ist 680 Mark und der monatliche Steuerabzug 10 v. H. von 680 Mark ist 68 Mark Steuer. Der Steuerabzug bei Dienstmädchen beginnt daher, solange der Wert der Sachbezüge nicht anderweitig festgesetzt wird, sobald der Verlohn 320 Mark übersteigt. Steuerabzug stellt die Gemeindebehörde des Wohnortes auf Antrag aus, falls sie nicht bereits vor Beginn des Kalenderjahres überhandt worden sind. Der Arbeitgeber haftet für die ordnungsmäßige Vornahme des Steuerabzuges neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner. Vorläufige oder labriale Verhandlungen werden mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft.

Eine Verbesserung zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung findet sich an amtlicher Stelle vorliegender Kammer. Wir empfehlen sie der Beachtung der Leser.

Unerwartete Lebensverhältnisse. Dem Gewerbeaufsichtungsamt ist bekannt geworden, daß Verschiedentlich die Ehefrauen von noch im Dienste befindlichen Beamten, auch solche der höheren

Befoldungsstellen, sich einen Nebenverdienst durch Annahme von Beiratstellen verschaffen und selbst vor Lohnrücklagen nicht zurückbleiben. Es dürfte bekannt sein, daß die Beiratstellen von aktiven Beamten ohne Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörden ihres Ranges keinem Erwerb nachgehen dürfen. Im Interesse der auf Beiratstellen angeworbenen Frauen und Mädchen wird das Gewerbeaufsichtungsamt die Namen der ihm bekannt gewordenen Ehefrauen, die gegen obige Bestimmungen verstoßen, den zuständigen Behörden mitteilen und mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß derartige unzulässige Nebenbeschäftigungen unterbleiben.

Keine Gasthöfe mehr zu Geschäftsstellen. Das Ministerium des Innern (Landeswohnungsamt) hat die Bestimmung, nach der die Verwendung der Fremdenhöfe zu anderen Zwecken als dem Gastbetrieb der Genehmigung durch die Ortsbehörde bedarf, auf sämtliche Gemeinden Sachsens ausgedehnt.

Die Regelung der Bezeichnung der Truppenanteile. Ein vom Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister unterzeichneter Erlass regelt nach Vereinbarung mit den Ländern gemäß § 14 des Reichswehrgesetzes die Bezeichnung der Truppenanteile und die Art der zu tragenden Kolonnen in der Reichswehr. Um den Landmannschaften Rechnung zu tragen, hebt die Bezeichnung der Landmannschaften zwischen Kammer und Truppenanteil. Die Landmannschaften werden durch die Kolonnen kenntlich gemacht.

Bioniertag. Ähnlich wie im vergangenen Jahre in Weihen soll auch in diesem Jahre vom 17. bis 19. Juni in Weihen eine Zusammenkunft ehemaliger Angehöriger aller Stände, Bionier-Formationen stattfinden, zu welcher Kameraden mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen sind. Festabende und Programme sind zu beziehen durch die Geschäftsstelle: Kammer Weihen, Leipzig, Fleißerplatz 2-5; Quartieranmeldungen vorfristig rechtzeitig erwünscht.

33. Märztag der Sommerferien an den höheren Schulen. Während bisher die Sommerferien an den höheren Schulen 5 Wochen dauerten, sollen sie in diesem Jahre auf Grund einer Verordnung des Kultusministeriums auf 4 Wochen verkürzt und so in der Dauer der Ferien der Volksschulen gleichgestellt werden. Die Ferienzeit wird in der Verordnung für die Zeit vom 15. Juli bis 14. August festgelegt. Mit dieser Verordnung ist auf dem Gebiete der Gleichmacher wieder eine neue Tat geschaffen worden. Daß an den höheren Schulen die Wochenstundenzahl erheblich höher ist, als an den Volksschulen und daß auch der Unterrichtsstoff weit schwieriger und insofern eine längere Erholungszeit für Schüler und Lehrer berechtigt ist, darüber ist das Kultusministerium einmütig hinweggegangen.

33. Stimmzettel auf Rollen der Gemeinden. Ähnlich wie gemeldet: Verschiedene Gemeinden verlangen von den Antragstellern für das Volksbegehren die Lieferung von Vorbrüchen für Stimmzettel in der Annahme, daß die Antragsteller die Rollen für die Stimmzettel zu tragen hätten. Diese Annahme ist unzutreffend. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Vorbrüche für die Stimmzettel auf ihre Rollen selbst zu beschaffen, ebenso wie ihnen dies hinsichtlich der Wahlzettel für die Landtagswahl obliegt. Das ergibt sich aus den Vorschriften, die im Gesetz vom 8. März 1921 über die Stimmzettel für das Volksbegehren (§ 6 Abs. 2) und über die Verteilung der Rollen (§ 11) enthalten sind.

Leipzig. (Töblicher Unglücksfall.) Am zweiten Pfingstfeiertag ist ein in einem hiesigen Lokal beschäftigter 16jähriger Kochlehrling aus Nebermut aus dem Fenster seiner Kammer auf ein Glasdach gestürzt und durch dieses in einen darunter befindlichen Saal hinabgefallen. Er erlitt einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen, die seinen Tod zur Folge hatten.

Stollberg. (Verhängnisvoller Streit.) Im Anbau Niederwürschnitz geriet der 76jährige Invalide R. am 1. Juni mit dem Hausbesitzer F. in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf R. von F. von einem leichten Schlag mit der bloßen Hand getroffen wurde. Wie Augenzeugen berichten, soll R. kurz nach dem erhaltenen Schläge umgefallen sein. R. ist am selben Tage gegen 3 Uhr nachmittags verstorben. Die Leiche ist am 2. Juni im Beisein vom Gerichtsbeirat feierlich worden. Weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind im Gange.

Leipzig i. B. (Die langanhaltende Trockenheit) nimmt im wahren Maße einen höchst bedrohlichen Charakter an. Seit 14 Tagen hat es nicht geregnet. Der Regen ist, kaum 15 Zentimeter hoch, in die Lehren geschoßt; die Sommerkulturen, Hafer und Getreide sind spärlich aufzugesungen und zeigen auf den fleckigen und abspüligen Feldern bereits gelbe Halme. Ritz und Gras kommen auf dem ausgedorrten, vom Teil schon mit klaffenden Sprüngen versehenen Erdboden nicht vorwärts. Um der herrschenden Futtermittelnot wenigstens entgegenzukommen, mußte bereits auf zahlreichen Wiesen mit dem Graschnitt begonnen, die und da schon grüne Korn gemäht werden. Dabei besteht eine geradezu atemberaubende Temperaturerhöhung. Das Thermometer, welches am ersten Feiertage 26 Grad Wärme anzeigte, sank in der Nacht zum Pfingstmontag bei starkem Nordwind auf 2 Grad Celsius, jedoch zarte Pflanzen (Tomaten, Kürbis, Bohnen) teilweise erfroren und auch die eben dem Boden entprossenen Kartoffeln vom Froste beschädigt worden sind.

Obstfangen. (Zur Auffassung.) Wie uns von beteiligter Seite zu dem angeblichen Seidenstahl in der Bahnerischen Strumpfweberei geschrieben wird, handelt es sich überhaupt nicht um einen Diebstahl, sondern um einen von einem Garthändler für roell gefassten Lagerposten Schuppefische. Auch wurde der Vangendurschloffer Fabrikant nicht dabei abgefaßt, wie er die Seide an den Mann bringen wollte, sondern er war im Begriff, sie bei seinem Chemiker Färber einfärben zu lassen. Der einwandfreie Erwerb der bei der Hausführung vorgefundenen übrigen Materialien konnte durch Rechnungen als rechtmäßiges Eigentum ausgewiesen werden. Ob die Seide wirklich von irgend einem Diebstahl herrührt oder nicht, dürften erst die weiteren Nachforschungen der Behörden ergeben.

## Gerichtssaal.

Jmdan. (Gestohlene Pferdebeden gekauft.) Der wiederholt delinquente 32jährige Fleischer Jahnert aus Callenberg, der im Dezember auf dem hiesigen Bahnhofe zwei Pferdebeden von einem Unbekannten für 300 Mark gekauft hatte, die in der Nacht vorher dem Fuhrwerksbesitzer Bürger in Nebenbahn aus dem verschlossenen Koffertsaalraum an der Södm-Oberhohndorfer Straße gestohlen worden waren, wurde wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Dieb konnte nicht ermittelt werden.

Jersau. (Wieder ein Doppelselbstmord.) Am 1. Pfingstfeiertag nachmittag 5 Uhr fand ein Drogenlehrling aus Jersau unterhalb der neuen Brücke beim Einfluß des Mühlgrabens in die Mulde am Ufer einen bunselgrauen Herrenmantel, dessen Schwanzleder mit den Buchstaben S. S. und dem Worte „Briegen“ bezeichnet war, einen schwarzen Damen-Weilhelmt und ein schwarzes Damen-Jackett. Außerdem bestand sich bei den Sachen noch eine Lebertasche, enthaltend eine weiße Herren-Taschentuch, eine goldene Damenuhr ohne Kette, 61,50 Mark Geld und eine leere Flasche, die anscheinend ein Betäubungsmittel enthielt. Aus einem aufgefundenen Zettel geht hervor, daß die Besitzer der Sachen den Tod in der Mulde gesucht haben. Der Zettel enthielt noch die Bitte, die aufgefundenen Sachen zur Deckung der Beeridungsstellen oerwesen zu wollen. Der Fall konnte bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden, auch sind die Leichen bisher nicht gelandet worden. Die aufgefundenen Sachen befinden sich in Gewahrsam des Jersauer Gemeindevorstandes.

Waldenbach i. B. (Derwälder.) Ein Reichsbauer Einwohner warf am 2. Feiertag vom Karlsturm bei Cunsdorf einen Hund herab. Die zahlreichen Besucher der Agrarhöhe waren mit Recht über diesen Frenel aufs höchste erbittert, und nun der Aufbietung aller Kräfte der Polizei gelang es mit großer Mühe, den Hund vor einem Landgericht zu bewahren, bei dem man ihn in den dortigen Steinbruch türzen wollte.



# Volkswirtschaftlicher Teil.

**Bankmangel bei Wohnungsbauten.**  
 63. In letzter Zeit ist die Beschaffung von Bauforderungen, insbesondere von Ziegeln, für bezugsfähige Wohnungsbauten wiederholt auf Schwierigkeiten gestoßen. Da es noch wenig bekannt sein dürfte, daß nach der Reichsverordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 19. Dezember 1919 die für bezugsfähige Wohnungsbauten benötigten Bauforderungen, soweit sie nicht rechtzeitig und zu angemessenen Preisen zu beschaffen sind, durch den zuständigen Bezirkswohnungs-Kommissar beschlagnahmt werden können, hat das Ministerium des Innern - Landeswohnungsamt - in einer Verfügung an die Baupolizeibehörden auf diese Verordnung besonders hingewiesen und den Bauherren, die auf Grund dieser Bestimmungen das Eingreifen der Bezirkswohnungs-Kommissare nachsuchen, weitgehende Unterstützung zugesagt. Das Nähere können die Bauherren bei der zuständigen Baupolizeibehörde erfahren.

## Aus den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes.

**Vor dem Berliner Kongreß.**  
 Ende Januar 1878 begannen nach dem Abschluß des Präliminartraktats von San Stefano die Verhandlungen über eine Konferenz der Mächte über die Bedingungen des endgültigen Friedens zwischen Rußland und der Türkei. Fürst Bismarck behandelte diese Frage mit der äußersten Vorsicht. Er sah sich zunächst nicht ganz klar über das Verhältnis von Oesterreich und Rußland. So schreibt er am 30. Januar 1878:

Ich habe bisher immer vermutet gehabt, daß Oesterreich und Rußland im Grunde durch ein uns unbekanntes geheimes Abkommen über das Schlußresultat einig wären. Wenn in diesem Sinne gar nichts als das elastische und unvollendete Reichsständter Abkommen, so wie es uns bekannt ist, von beiden vereinbart worden ist, so ergibt sich zwischen beiden eine gewisse Summe fehlerhafter Politik, von der man noch nicht wissen kann, wie sie sich zwischen beiden verteilt. Sollten beide aufrichtig, au plus fin, miteinander gespielt haben, - Oesterreich aufzulassen, Rußland drückend, so fürchte ich, daß Rußland schließlich der weniger Geschickte scheinen wird, denn im Grunde lag es in Rußlands Interesse, sich den Rücken zu sichern und die jegliche exponierte Stellung nicht einzunehmen, wenn es nicht Brief und Siegel mit voller Klarheit über Oesterreichs Wohlverhalten sich gesichert hatte.

Bekanntlich hatte England sich veranlaßt gesehen, eine Flotte vor Konstantinopel zu senden, während noch die russischen Truppen, zum Einmarsch bereit, vor den Toren der Stadt standen. Der deutsche Botschafter in London, Graf Münster, berichtet unter dem 25. Februar an den Staatssekretär von Bülow:  
 Die politische Situation ist jetzt so unverständlich, die ganze Lage, in welche die hiesige Regierung sich und das Land gebracht hat, so eigenartig, so unbedenkbar, daß der gewissenhafteste und bestunterrichtete Berichterstatter Gefahr läuft, selbst für unklar und konfus gehalten zu werden. Statt Salisbury zu sichern, ehe England die Flotte durch die Meerenge schickt, verhandelt es nachher und nimmt Bedingungen an, die, wenn Rußland überhaupt feindliche Absichten hegt, nichts heißen, England unter Umständen aber sehr binden und gegen England benutzt werden können. Daß Lord Derby die letzte Erklärung Rußlands als genügend annahm, hat niemanden mehr

\*) Die Große Politik der europäischen Kabinette. (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 25, 8.)

gewundert als meinen russischen Kollegen selbst. Jetzt, wo der Text bekannt wird, ist man hier im allgemeinen sehr unzufrieden damit, und wäre überhaupt die Lage nicht so ernst, die Parteiverhältnisse nicht so verschoben, so würde die Regierung keinen Tag im Amte bleiben können. Man sieht aber selbst den schlechtesten Kritiker nicht gern vom Bocke, wenn der Wagen am Abgrunde hängt. Daß es ganz unmöglich gewesen wäre, einen schlechteren Moment zur Absendung der Flotte zu wählen, und die Sache ungefährt einzuleiten, steht jedermann.

Fürst Bismarck hat zunächst nicht gewünscht, daß die Konferenz der Mächte in Berlin abgehalten werde. Die Umstände sagten es aber, daß ihm dieser Gedanke nahe gebracht wurde, wenn nicht Konflikte entstehen sollten, die noch weniger im Interesse Deutschlands lagen. So erklärte er sich im März dazu bereit. Aber noch zögerte England, auf den Konferenzgedanken überhaupt einzugehen. Auch dieser Widerstand wurde überwunden. Darüber berichtet Graf Münster am 9. März:

Ich habe die Ehre gehabt, gestern zu melden, daß das bisherige Kabinett nach dreimaligen längeren Kabinettsitzungen beschlossen hat, den Vorschlag Oesterreichs wegen des Kongresses in Berlin anzunehmen. Daß drei Kabinettsitzungen erforderlich waren um zur Entscheidung zu gelangen, zeigt wie ernst die Bedenken dagegen sind. Die Annahme war auch nicht bedingungslos erfolgt, und die Beteiligung Englands steht doch noch sehr in Frage. Das Mißtrauen gegen Rußland wurde durch diesen neuen Vorschlag, von dem man recht gut weiß, daß er vom Fürsten Gortschakow ausging, wieder neu belebt. Die Besetzung, daß die drei Kaiserreiche zu einer vorherigen Verhandlung gelangen, und die englischen Interessen auf dem Kongreß sich nicht mehr werden sichern lassen, war so allgemein, daß bis gestern morgen überall angenommen wurde, es werde eine ablehnende Antwort erfolgen.

Trotzdem spielte sich die Lage zu. Die Kriegsgefahr zwischen England und Rußland wurde ernst. Kaiser Wilhelm I. benutzte sich stark darüber. Das zeigt ein eigenhändiges Handbillet des Monarchen an den Staatssekretär v. Bülow, den er beauftragte, dem Fürsten Bismarck Folgendes mitzutheilen:

Es frappiert mich, daß Graf Münster niemals in seinen Depeschen mittelst, was er dem Englischen Gouvernement auf dessen politische Handlungen vis à vis Rußland antwortete? Wenn wir auch aus unserer Neutralität bienveillante (für Rußland) nicht hinausstreiten wollen, so scheint mir doch es an der Zeit und am Ort zu sein, auszusprechen, in welchem Maße wir die Erhaltung des Friedens für Europa wünschen und verlangen müssen. Daß aber so geringfügige Fragen, wie sie in der 11. Stunde schweben, einen Krieg mottivieren können, ist gegen unsere Auffassung und muß auf solche Gefahren ernst aufmerksam gemacht werden.

Rußland deutete an, daß es nötigenfalls ohne England verhandeln wollte, worauf Bismarck den Staatssekretär v. Bülow veranlaßte, dem englischen Botschafter in Berlin, Lord Odo Russell, am 30. März folgende Mitteilung zu machen:

Fürst Bismarck hat mich, Eurer Lordschaft zu sagen, Deutschland würde an den Konferenzen ohne England nicht teilnehmen, er verziehe überhaupt nicht, wie man einen Kongreß zur Rekonstruktion des europäischen Rechts sollte abhalten können, wenn einer der Hauptkontrahenten, England, nicht dabei wäre.

Inzwischen war der Rücktritt des englischen Außenministers Lord Derby erfolgt. Sein Nachfolger wurde Lord Salisbury. Darüber schreibt Graf Münster am 29. März:

Lord Salisbury ist unbedingt klug und hat ein sehr großes Talent zur Debatte. Er ist ja dem Herrn Reichskanzler und Eurer Erzählung bekannt. Seit den Konferenzen hat er sich sehr geändert und wenn General Ignatiem

vom amr Saltsbury spricht, so ist glaube ich, jetzt diese Freundschaft wohl einseitig. Im Verkehr wird er, namentlich für mich, sehr angenehm sein und abgesehen ich durchaus keinen Grund habe, mich über Lord Derby anders als mit großer Anerkennung für das freundliche Entgegenkommen zu äußern, welches er stets mir gegenüber bewahrte, so muß ich doch sagen, daß es oft nicht ganz leicht war, das Mißtrauen zu überwinden, welches ein überwiegender Charakterzug Lord Derbys ist.

Es gelang durch Bismarcks geschickte Vermittlung, die Kriegsgefahr zwischen England und Rußland zu befeitigen. Bemerkenswert ist ein Bericht, den Graf Münster noch kurz vor dem Zusammentritt des Berliner Kongresses (April 10. Juni). Darin heißt es:

Lord Salisbury sagte mir: „Ich freue mich sehr darüber, daß Lord Beaconsfield dem Fürsten von Bismarck wird lernen; da wird er Wahrheiten über die orientalische Frage hören, wie sie ihm bisher noch nicht gesagt sind, und Fürst Bismarck wird leicht großen Einfluß über ihn gewinnen können, und das wünsche ich.“ Eure Durchlaucht werden finden, daß es sehr schwer ist, mit dem sehr eiteln, dabei doch schon sehr altersschwachen Manne ein wirklich ernstes Gespräch zu führen. Dabei kommen aber allerdings oft einige Lichtblicke und geistreiche Gedanken zutage, es fehlt aber dem Geiste die höhere Auffassung, der sittliche Halt.

## Vermischtes.

† **Schweres Bootsunglück vor der Pregelmündung.** Aus Berlin wird gemeldet: Am Pfingstmontag ereignete sich in der Gegend von Haffstrom vor der Pregelmündung ein schweres Bootsunglück. Ein Ruderboot, in dem 7 Personen einen Ausflug unternommen hatten, kenterte, als einer der Insassen ins Wasser sprang, um ein Bad zu nehmen. Zwei Frauen und zwei Männer aus Pomeranien sind ertrunken.

† **Die Katastrophe an der Räfte von Paraguanay.** Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ sind bei dem Schiffsbruch des argentinischen Dampfers „Villa Franca“ an der Räfte von Paraguanay im ganzen 130 Personen umgekommen. Es wird angenommen, daß die „Villa Franca“, entgegen den Vorschriften, eine große Ladung Petroleum an Bord hatte.

† **Spigubensfreude.** Ueberaus breite Eindreher haben die Wohnung des Musikdirektors Wiedemann in der Stefelerstraße, Berlin-Wilmersdorf, heimgejagt. Sie führen mit einer Pferdebohrschke vor, ließen den Wagen vor der Tür halten, brachen die Wohnung auf, suchten für über 100.000 Mark Silberzeug, Wäsche usw. zusammen, packten alles in einen großen Rohrplattenkoffer, einen gelben Hutkarton und mehrere Pakete, bestiegen mit der Beute wieder die Droschke und fuhren davon. Koffer, Karton und Pakete standen offen auf dem Wagen. Die Eindreher sind zwei junge Männer von etwa 25 bis 28 Jahren.

† **Hinrichtung Armstrongs.** Major Armstrong, welcher wegen Vergiftung seiner Frau zum Tode verurteilt worden ist, ist im Gefängnis von Gloucester gehängt worden. Sein Advokat und der Gefängnisgeistliche besuchten den Verurteilten in seiner Zelle. Sie drangen in ihn, ein vertrauliches Geständnis abzugeben. Armstrong antwortete: „Ich bin unschuldig.“

† **Eindbruch in das Postamt in Marienbad.** Das Postamt in Marienbad wurde von Eindrechern ausgeraubt, welche die eiserne Kasse sprengten und sämtliche Banknoten im Werte von 368.000 Kronen mitnahmen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

**Richtersnachrichten für Köblitz.**  
 Donnerstag, den 8. Juni, Jungfrauenverein.

## Kurse,

mitgeteilt vom Bankhaus  
 Beyer & Heine,  
 Abteilung Lichtenstein-Cöllnberg.

	6.16.	7.16.
Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,50	77,50
4 1/2% Schatzanleihe	73,50	73,50
3% Reichsanleihe	149,90	145,00
8 1/2%	88,50	87,50
8%	121,00	120,00
Sächsische 8% Rente	68,00	68,50
Chemnitzer 4% Stadtanleihe	71,00	70,50
Dresdener 4%	78,00	79,00
Leipziger 4%	91,00	91,50
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	86,90	88,00
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	93,75	93,25
4%	105,00	105,00
4 1/2% Pfandbr.	98,00	98,00
Hartmann Reich.-Fabr. Akt. egl. Bsp.	770,00	755,00
Rafsch.-Fabr. Koppel	1280,00	1230,00
Hermann Höpft Akt.	400,00	405,00
Schiffswerk Akt.	524,00	538,00
Schubert & Salzer Akt.	120,00	1180,00
Wanderer Werke Akt.	1525,00	1518,00
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.	485,00	470,00
Deutsche Bank	552,00	580,00
Dresdener Bank	318,00	318,00
Poln. Akt.	1100,00	1101,00
Hamburger Paketf. Akt.	399,50	396,00
Elgen. Elektr.-Gesellsch.	680,00	664,00
Dresdener Kurs	2000,00	2000,00

**Deulien-Kurse**

	Geld.	Beif.
Frank	553,30	254,70
Holländ.	11.285,25	11.314,15
London	1.296,85	1.299,15
Paris	1.600,60	1.604,40
Schwed.	5.513,10	5.576,90
Russ. Bank	287,01 1/2	287,73 1/2
Brasil	2.426,70	2.633,30
Christiania	5.103,60	5.116,40
Stockholm	7.530,85	7.549,45
Wien	2.421,95	2.428,05
Währ.	551,25	552,75
Wien	549,25	550,75
Wien	1,93	1,97

## Kaufm. Verein.

Sonnabend, den 10. Juni  
**Ausflug**  
 nach Bernsdorf (Hirsch).  
 Sammeln um 7 Uhr abds.  
 am Schloß.  
 Um zahlreiche Beteiligung  
 bittet **Der Vorstand.**

**20 Harmoniums,**  
 8, 10, 12, 15, 18 Reg.  
 mit Aeolsharfe, herrl.  
 Ton, auch mit Apparat  
 billig zu verkaufen.  
**Musikhaus Weigel,**  
 Zwicken, Nordstr. 16.

**5 gute Leghühner u.  
 1 Henne mit 6 Küden**  
 zu verkaufen.  
**Bernsdorf Nr. 77 b.**  
 Ein noch guterhaltener  
**Rachelofen**  
 zu verkaufen.  
**Köblitz 60 B.**

## F. F. W.

**1. Komp.**  
 Abfahrt zum  
**Sächsl. Feuerwehrtag**  
 Sonnabend nachm. 3 Uhr  
 ab Bahnhof.  
**Das Kommando.**  
 Suche einen  
**Wirtschaftsgehilfen**  
 für Landwirtschaft,  
 welcher mit Pferden umzu-  
 gehen versteht.  
**Emil Uhlig,**  
 Bernsdorf Nr. 78.

Die in unserem Betrieb anfallende **Asche** kann mit Ausnahme von Freitag und Sonnabend jeden **Wochentag kostenlos** abgeholt werden. Die Asche ist zur **Wegverbesserung** und zu **Bauarbeiten** gut geeignet.

**Elektrizitätswert Delwitz e.**  
**Statistische Scheine**  
**Ausfuhrerklärungen**  
 sind zu haben in der **Geschäftsstelle dieses Blattes.**

Für die vielen tröstenden Beweise warmer Teilnahme an unserer Trauer **danken wir nur hierdurch recht herzlich.**  
**Rentamt. Böhm und Tochter.**  
 Schloss Lichtenstein, 8. Juni 1922.